
Verfassungs - Ausschuss

Protokoll

über die Sitzung am *25. September 1920 / nachm. 3^h:1*

Anwesende:

Seitens der Regierung:

Obmann:

Obmann-Stellvertreter:

Schriftführer:

Mitglieder:

Pauc

25./9. Sitzung des Verfassungsausschusses.

Mit Mehrheitsbeschlüssen zur Einleitung Art. 10 angenommen

al. 11, 2 beschlossen.

2a mit Anfügung des Wortes „fremdenpolizei“ in art. 11 eingefügt
beschlossen.

Beschlossen in al.

3, 4, 5 statt Justizwesen, Justizpflege“, be, 7, 8/9 „Ausführung der“
gestrichen „die“ in 3. letzter Zeile gestrichen. Dr. Danneberg
einzuschalten ein Zusatzantrag Dr. Seipel über Elektrizitäts-
wesen. Beschlossen.

al. 10 gestrichen. In Art 12 als Punkt 5 a eingefügt

Hinzufügung eines al. 2 in Art. 12; al. 3 in Art. 84. Beschlossen.

al. 11 die Einfügung: „soweit es sich nicht um land- und forstw.
Arbeiter, Angestellte handelt“ abgelehnt. Wird als Minori-
tatsvotum firtk und gen. angemeldet.

al. 12 in der Fassung Dr. Seipels beschlossen

Art 11f. 7, Art 12, b. 2 in Seipels Fassung beschlossen.

al. 13 Danneberg gibt eine Erklärung namens der sozialdem.
Partei ab betreffend das Schulwesen.

Antrag auf Einschaltung eines dinstufigen Art. 12 b.

Seipel gibt namens der christl. sog. eine Erklärung ab, in der
er unter Vorbehalt der Anregung Danneberg zustimmt.

Lessin gibt namens der Großdeutschen die Erklärung ab, die die
Beibehaltung des Schul- und Erziehungsweesen im al. 13 verlangt.

Al. Artikel 12, b wurde der modifizierte Antrag Danneberg
beschlossen.

al. 13 beginnt: „Wissenschaftl. fachtechnischer Archiv- und
Bibliotheksdienst“ u.s.w. Beschlossen.

13a beschlossen. 14 statt Kriegsgräberwesen, ~~Kriegsgräberwesen~~
~~Anstalten~~ gestrichen. Beschlossen.

15 beschlossen

Art. 11.

1. christl. sog. Minderheitsantrag abgelehnt. Bleibt für
das Haus.

2, 3 beschlossen. 4 beschlossen. 5 beschlossen

8 beschlossen

Punkt 1 & 2 umgestellt.

Art. 12.

1, 2, 3, 4 beschlossen. 5. christl. sog. Minoritätsvotum.

5a, b, 6a beschlossen. 7. Christl. sog. Antrag auf Streichung
abgelehnt. 8 beschlossen.

Art 13. Antrag Seipel auf Reassumierung.

Antrag Danneberg auf Streichung der Worte: „zur Ermöglichung“
bis „Absatz 2“ beschlossen.

§ 12. Abwärtshaltung. Juni 31. III 21. ungen. 3.

§ 13. 1 ungen.

2 ^{in der Fassung} mit ~~der Fassung~~ der Fassung ungen.

§ 14. ¹⁵ ungen.

§ 16. insbesondere in bezug auf die Fassung der
Bescheinigung mit Landbesitzungsbescheinigung

§ 16a ungen., in bezug auf die Fassung "gleichzeitig
mit der Bestimmungen der Artikel 11 und 12"

§ 17 mit Zusage der Markung der Fassung ungen.
"muss" bis "nicht" gestrichen

§ 18, ¹² mit Fassung der Mark in Z. 2 "der Markantort soll
zur selben Fassung gehören" ungen.

Art. 160 mit Zusage der Fassung ungen.

§ 18, 3. 4 ungen.

§ 19. 1 ungen., 2 mit Änderung der Markung
ungen., 3 bleibt für Markung offen, festsch.
muss der 21. Tag nach dem ~~Festsetzen~~ Festsetzen des
Markantorts.

§ 20, 21, ungen.

§ 22. abgeändert, nur 28 Tage nach dem Festsetzen des
Markantorts, in Z. 2 "bestimmte Fassung"

§ 23. ungen.

§ 24. Z. 1 nach Fassung der Markung, Z. 2 ungen.

§ 25. ungen.

§ 26. ^{mit} Abdruck 72-84 ungen.

§ 27 ungen.

§ 28 ungen.

§ 29. nach Auf ungen.

Zweiter Auf abgeändert

§ 30. ^{3. 1.} die Landbesitzungsbescheinigungen sind die
Landbesitzungsbescheinigungen in dem der Landbesitzungsbescheinigung

3. 2.

3. 3 ungen.

§ 31. 1. ungen., 3. die Mark der Landbesitzungsbescheinigung
muss mit Genesung des Markes der Landbesitzungsbescheinigung
festgesetzt werden. Abdruck 2 werden ungen. 40

mit
2. Aufsatz über den Begriff der *unvollständigen*
415, ~~unvollständigen~~.
6. unvollständig *gelesen*, *zufolge* *ausfolgen* "Kollation *ausfolgen*" "nicht
Kollation"

§ 32 *unvollständig*

§ 33 *unvollständig*

§ 34 *unvollständig*

~~§ 35~~

§ 35 *unvollständig*

§ 36 *unvollständig*

§ 37 *unvollständig*

§ 38 *unvollständig* *unvollständig* mit *Handbezeichnung*
Bestimmungen über Wien und H. O. unvollständig.

Vertrag der Sitzung 7. 11

Pace
Günther
Bohrer

Präsenzliste

der Sitzung des Verfassungs - Ausschusses
vom 25. September 1920 / nachm. 3½ :/

1	<i>Gürth</i>	27	
2		28	
3		29	
4		30	
5		31	
6		32	
7		33	
8	<i>Maunich</i>	34	
9	<i>Schepel</i>	35	
10	<i>S. Less</i>	36	
11	<i>Hirtling</i>	37	
12	<i>Guth</i>	38	
13	<i>Wagor</i>	39	Regierungsvertreter:
14	<i>Exner</i>	40	Min. Rat D. Fiedler
15	<i>Schmitt</i>	41	Gen. Rat D. Mannlicher
16	<i>Schneid</i>	42	M. V. Rat D. Mersch
17	<i>Antoni</i>	43	
18		44	
19		45	
20		46	
21		47	
22		48	
23		49	
24		50	
25		51	
26		52	

Artikel 10, Punkt 12.

Gesundheitswesen mit Ausnahme des Leichen- und Be-
stattungswesens sowie des Gemeindesaniitätsdienstes und Ret-
tungswesens, hinsichtlich der Heil- und Pflegeanstalten, des
Kurortwesens und der Heilquellen, jedoch nur die sanitäre
Aufsicht. Ernährungswesen einschliesslich der Nahrungsmit-
telkontrolle.

Artikel 11, Punkt 7 .

Volkswohnungswesen.

Artikel 12, Punkt 7.

Volkspflegestättenwesen, Mutterschafts-, Säuglings-
und Jugendfürsorge, Heil- und Pflegeanstalten, Kurortewe-
sen, Heilquellen.

Artikel 12 b.

n. Volkshilfsge
Auf dem Gebiete des Schul- und Erziehungswesens wird
der Wirkungsbereich des Bundes und der Länder durch einbe-
sonderes Bundes-Verfassungsgesetz geregelt.

§ 24.

Bisheriger 2.Absatz als Absatz 1, bisheriger Absatz 1 als Absatz 2 in folgender Fassung:

Bis zur Wahl einer Bundesregierung gemäß Artikel 60 ^{ist} ~~führt~~ die Staatsregierung ^{als} ~~als~~ erste Bundesregierung die nach dem Bundes-Verfassungsgesetz der Bundesregierung obliegenden Geschäfte.

17

§ 13.

Personen, die österreichische Staatsbürger sind, oder in einer

(2) Staatsbürger, die in keiner Gemeinde der Republik heimat-
 berechtigt ^{zu sein} ~~sind~~, werden Bundesbürger. In welcher Gemeinde sie das
 Heimatrecht und damit die Voraussetzung für eine Landesbürger-
 schaft erlangen, wird durch Bundesgesetz geregelt; bezüglich der
 Personen, die auf Grund des Staatsvertrages von St. Germain durch
 Option oder die auf Grund einer bloßen Erklärung gemäß § 2 des Ge-
 setzes vom 5. Dezember 1918, StGBI. Nr. 91 über das Staatsbürger-
 recht, die Staatsbürgerschaft ohne Erlangung eines Heimatrechtes
 erworben haben, steht auch die Vollziehung dem Bunde zu.

§ 9.

(2) Alles übrige staatliche Vermögen ist Vermögen des Bundes;
✓ die Auseinandersetzung über dasjenige Vermögen, das ausschließlich
dem ständigen Dienstbetrieb einer Behörde dient, die nach den Be-
stimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes über die Organisation
der Verwaltung in den Ländern nicht Bundesbehörde bleibt, wird im
Zusammenhang mit dem eben erwähnten Bundes-Verfassungsgesetze ge-
regelt.

(Absatz 3 entfällt.)

✓ Der ausschließliche Dienstbetrieb über das
besondere Vermögen wird im Bundes-
Verfassungsgesetz & in den Landes-Verfassungsgesetzen,
wobei sie greifen dem Lande. In
Landesgesetz.

§ 8.

(1) Die Angestellten der staatlichen Behörden, die nach § 7, Abs. 1 Bundesbehörden werden, werden Angestellte des Bundes.

(2) Die Stellung der Angestellten der im § 7, Abs. 1 ausgenommenen staatlichen Behörden wird im Zusammenhang mit dem Bundes-Verfassungsgesetz über die Organisation der Verwaltung in den Ländern geregelt.

~~(3) Die bei staatlichen Anstalten angestellten Personen werden Angestellte des Bundes, die Angestellten bei Landesanstalten Angestellte der Länder, die Angestellten bei Anstalten der Bezirke, Gemeinden und sonstiger öffentlicher Körperschaften sind Angestellte dieser Körperschaften.~~

§ 7.

(1) Die staatlichen Behörden mit Ausnahme jener der allgemeinen politischen Verwaltung in den Ländern (Landesregierungen, Bezirkshauptmannschaften) einschließlich der bei diesen Behörden vereinigten besonderen Dienstzweige (bau- und forsttechnischer Dienst, Gesundheitsdienst, Veterinärdienst, Archivs- und Bibliotheksdienst, Rechnungsdienst) und der Agrarbehörden erster und zweiter Instanz werden Behörden des Bundes.

(2) Die Stellung der im ersten Absatz ausgenommenen staatlichen Behörden wird durch das Bundesverfassungsgesetz über die Organisation der Verwaltung in den Ländern (Art. 12, P. 1 und Art. 97 f, Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes) geregelt.

(3) Die Behörden und Ämter der bisherigen autonomen Verwaltung ⁿin den Ländern (~~Landesämter, Bezirksausschüsse, Gemeinden~~) werden Behörden (Ämter) des Landes im Sinne des Bundes-Verfassungsgesetzes.

(4) Die staatlichen Anstalten gehen an den Bund über, die Landesanstalten sind Anstalten der Länder; die Anstalten der Bezirke, Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften sind Anstalten dieser Körperschaften.

(1) Die gesetzlich den bisherigen Organen des Staates und der Länder übertragenen Befugnisse gehen auf die mit einem gleichartigen Wirkungskreis betrauten Organe des Bundes und der Länder über, soweit nicht die Zuständigkeiten dieser Organe durch das Bundes-Verfassungsgesetz anders geregelt sind. Demnach treten ...

Allgemeines Prinzip
Die Massnahmen für die technisch zweckmässige Nutz-

barmachung der Wasserkräfte,

ausschliesslich der landwirtschaftlichen und kleingewerblichen Triebwerke,

~~die~~ Normalisierung und Typisierung elektrischer Anlagen und Einrichtungen, ferner Sicherheitsvorkehrungen

auf diesem Gebiete, sowie das ^{Starkstrom} ~~Elektrizitäts-~~ Wegerecht

~~einschliesslich der Begründung von Zwangsbenutzungs-~~
~~rechten und Enteignungen.~~
sonst für viele Länder auf über mehrere Länder ausgedehnt.



Auf dem Gebiete der Verwertung elektrischer Energie
alle Anlagen für Kraftwerke, die den Interessenkreis
mehrerer auch fremder Länder umfassen, dann für
Kraftwerke an übertretenden und Grenzgewässern des
Bundes und
insbesondere auch alle Anlagen für Bahnkraftwerke
Kraftwerke der Bundesbahnen
Kraftwerke des Bundes

§ 8.

(1) Die Angestellten der staatlichen Behörden, die nach § 7, Abs. 1 Bundesbehörden werden, werden Angestellte des Bundes.

(2) Die Stellung der Angestellten der im § 7, Abs. 1 genannten staatlichen Behörden wird im Zusammenhang mit dem Bundes-Verfassungsgesetz über die Organisation der Verwaltung in den Ländern geregelt.

(3) Die bei staatlichen Anstalten angestellten Personen werden Angestellte des Bundes, die Angestellten bei Landesanstalten Angestellte der Länder; die Angestellten bei Anstalten der Bezirke, Gemeinden und sonstiger öffentlicher Körperschaften sind Angestellte dieser Körperschaften.



Art. 10. Punkt 12:

~~Man~~

*Einrichtungsrat an rupp. Aufwands-
mittelkassen.*

" Gesundheitswesen mit Ausnahme des
Leichen- und Bestattungswesens so-
wie des ~~Gemeinde~~sanitätsdienstes
und Rettungswesens; hinsichtlich
der Heil- und Pflegeanstalten, ~~As-~~
~~ylatorien~~ und des Kurortwesens, *u. d. Asyl-
wesen*,
jedoch nur die sanitäre Aufsicht.
~~Bevölkerungspolitik und Kennzeich-~~
~~nungskontrolle.~~"

Art. 12. Punkt 7:

[] Art. 12.

~~Man~~

" ~~Volksrechnung und Volkszählung~~
~~statistik~~, *Volkszählung*
[~~Mutterschafts- Säug-~~
lings- und Jugendfürsorge, Heil-
und Pflegeanstalten, ~~Asylatorien~~,
Kurortwesen, ~~Leichen- und Bestat-~~
~~tungswesen, Kennzeichen.~~]

Art 11 : Volkswirtschaftswesen

Artikel 10, Punkt 12.

Gesundheitswesen mit Ausnahme des Leichen- und Bestattungswesens sowie des Gemeindegesundheitsdienstes und Rettungswesens; hinsichtlich der Heil- und Pflegeanstalten, des Kurortwesens und der Heilquellen, jedoch nur die sanitäre Aufsicht. Ernährungswesen einschliesslich der Nahrungsmittelkontrolle.

Artikel 11, Punkt 7 .

Volkswohnungswesen.

Artikel 12, Punkt 7.

Volkspflegestättenwesen, Mutterschafts-, Säuglings- und Jugendfürsorge, Heil- und Pflegeanstalten, Kurortwesen, Heilquellen.

Artikel 12 b.

Auf dem Gebiete des Schul- und Erziehungswesens wird der Wirkungsbereich des Bundes und der Länder durch ein besonderes Bundes-Verfassungsgesetz geregelt.

Artikel 10. Punkt 9.

Allgemeine technische Maßnahmen für die ^{zusätzliche} Nutzbarma-
chung der Wasserkräfte, ausschließlich der landwirtschaft-
lichen und kleingewerblichen Triebwerke, Normalisierung
und Typisierung elektrischer Anlagen und Einrichtungen, fer-
ner Sicherheits^{maßnahmen} ~~verordnungen~~ auf diesem Gebiete; ~~sowie das~~
Starkstromwegerecht, soweit sich die Leitungsanlage auf
zwei oder mehrere Länder erstreckt. Aus Artikel 11 ist Elek-
trizitätswesen zu streichen und im Artikel 12 heisst es :
Punkt 6a Elektrizitätswesen und Wasserrecht, soweit sie
nicht unter Artikel 10 fallen.

Artikel 10, Punkt 9.

Allgemeine technische Maßnahmen für die Nutzbarmachung der Wasserkräfte, ausschließlich der landwirtschaftlichen und kleingewerblichen Triebwerke, Normalisierung und Typisierung elektrischer Anlagen und Einrichtungen, ferner Sicherheitsvorkehrungen auf diesem Gebiete, sowie das Starkstromwegerecht, soweit sich die Leitungsanlage auf zwei oder mehrere Länder erstreckt. Aus Artikel 11 ist Elektrizitätswesen zu streichen und im Artikel 12 heisst es : Punkt 6a Elektrizitätswesen und Wasserrecht, soweit sie nicht unter Artikel 10 fallen.

§ 24.

Bisheriger 2. Absatz als Absatz 1, bisheriger Absatz 1 als Absatz 2 in folgender Fassung:

Bis zur Wahl einer Bundesregierung gemäß Artikel 60 führt die Staatsregierung als erste Bundesregierung die nach dem Bundes-Verfassungsgesetz der Bundesregierung obliegenden Geschäfte.

(2) ~~Landesbürger~~, die ~~in keiner~~ Gemeinde der Republik heimat-
berechtigt ~~sind~~, werden Bundesbürger. In welcher Gemeinde sie das
Heimatrecht und damit die Voraussetzung für eine Landesbürger-
schaft erlangen, wird durch Bundesgesetz geregelt; bezüglich der
Personen, die auf Grund des Staatsvertrages von St. Germain durch
Option oder die auf Grund einer bloßen Erklärung gemäß § 2 des Ge-
setzes vom 5. Dezember 1918, StGBI. Nr. 91 über das Staatsbürger-
recht, die Staatsbürgerschaft ohne Erlangung eines Heimatrechtes
erworben haben, steht auch die Vollziehung dem Bunde zu.

(1) Die gesetzlich den bisherigen Organen des Staates und der Länder übertragenen Befugnisse gehen auf die mit einem gleichartigen Wirkungskreis betrauten Organe des Bundes und der Länder über, soweit nicht die Zuständigkeiten dieser Organe durch das Bundes-Verfassungsgesetz anders geregelt sind. Demnach treten ...

§ 7.

(1) Die staatlichen Behörden mit Ausnahme jener der allgemeinen politischen Verwaltung in den Ländern (Landesregierungen, Bezirkshauptmannschaften) einschließlich der bei diesen Behörden vereinigten besonderen Dienstzweige (bau- und forsttechnischer Dienst, Gesundheitsdienst, Veterinärdienst, Archivs- und Bibliotheksdienst, Rechnungsdienst) und der Agrarbehörden erster und zweiter Instanz werden Behörden des Bundes.

(2) Die Stellung der im ersten Absatz ausgenommenen staatlichen Behörden wird durch das Bundesverfassungsgesetz über die Organisation der Verwaltung in den Ländern (Art. 12, P. 1 und Art. 97 1, Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes) geregelt.

(3) Die Behörden und Ämter der bisherigen autonomen Verwaltung ~~der Länder (Landesräte, Bezirksausschüsse, Gemein-~~^{den}) werden Behörden (Ämter) des Landes im Sinne des Bundes-Verfassungsgesetzes.

(4) Die staatlichen Anstalten gehen an den Bund über, die Landesanstalten sind Anstalten der Länder; die Anstalten der Bezirke, Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften sind Anstalten dieser Körperschaften.

✓

§ 8.

(1) Die Angestellten der staatlichen Behörden, die nach § 7, Abs.1 Bundesbehörden werden, werden Angestellte des Bundes.

(2) Die Stellung der Angestellten der im § 7, Abs.1 ausgenommenen staatlichen Behörden wird im Zusammenhang mit dem Bundes-Verfassungsgesetz über die Organisation der Verwaltung in den Ländern geregelt.

(3) Die bei staatlichen Anstalten angestellten Personen werden Angestellte des Bundes, die Angestellten bei Landesanstalten Angestellte der Länder; die Angestellten bei Anstalten der Bezirke, Gemeinden und sonstiger öffentlicher Körperschaften sind Angestellte dieser Körperschaften.

Anträge des Prof. Seipel zu Art. 158 des Entwurfes.

(Anregung 1. St. K.)

Abs. (1) ~~X~~ Ausser diesem Gesetze haben im Sinne des Artikels 3, Abs. 1, unter Berücksichtigung der durch dieses Gesetz bedingten Aenderungen als Verfassungsgesetze zu gelten:

Neuer Abs. (4) Die sonstigen bisherigen Verfassungsgesetze und Verfassungsbestimmungen der Republik bleiben, soweit sie zu diesem Gesetze nicht in Widerspruch stehen, als einfache Bundesgesetze in Geltung.

Als letztes Gesetz im Abs. 1 ist einzuschalten: "Das Gesetz vom 8. Mai 1919, St. G. Bl. Nr. 257, über das Staatswappen und das Staatssiegel der Republik Deutschösterreich mit den durch die Artikel 2, 5 und 6 des Gesetzes vom 21. Oktober 1919, St. G. Bl. Nr. 484, bewirkte Aenderungen.

Annahme

zht Art 31, 2

auf dem Wege: Gemeindevertretung
in der 4. Zirkel zu einzufließen:

in Wien den Bezirksvertretungen

~~Zusammen~~

Grübler § 5

Grübler

Wir nun § 1 bezeichnen die ^{Veränderung} gesagte und Kollage
anweisung der gelben; kommt sie mit
der anweisung der ...
... unterlung - als Prinzipalegeant

Ant 160
Groschen

des Nationalanfangs
als Nationalbank

"Aus § 17 können nur dann Worte beibehalten
wirden, die die Worte:

nach dem Gesetz § 12 Absatz 2 des Grundge-
setzes über die Reichsliste vom
22. November 1918, St. G. Bl. Nr. 38, woge-
nommenen Änderungen

Statutum für J. 1913

Rechtsanwalt f. Privatverfahren

Beilage 2
Okt. 1897 f. Wratowichy
Min. Just. Paul

Rechtsanwalt für Justiz

Min. Just. Dr. Kadeřka
Sekr. Min. Just. Dr. Hesse

Unterschieds-
Gericht.

Min. Just. Dr. Lichner
Min. Just. Dr. Freyer
u. v. Dr. Duerke

Der Verfassungsausschuß hält morgen Samstag,
den 25.d.M., um 3 Uhr nachmittags im Lokal I Sitzung.

Wien, am 24. September 1920.

Dr. Bauer,

Obmann.

